



NULLZINSPOLITIK DER EZB ZEICHEN EINES TODKRANKEN FINANZSYSTEMS

Finanzcrash: Die Zeitbombe tickt (1)

Von EUGEN PRINZ | Wer sich mit dem Thema Finanzcrash auseinandersetzt, muss sich zunächst einmal die Funktion des Geldes vor Augen halten. Das Geld wurde als Tauschobjekt für Waren und Dienstleistungen geschaffen. Die vorhandene Geldmenge sollte deshalb deren Gegenwert entsprechen. Das ist jedoch nicht der Fall. Gegenwärtig ist am Markt viel mehr Geld vorhanden, als es dem inneren Wert der Waren und Dienstleistungen entspricht. Dieses Missverhältnis nennt man „Blase“. Irgendwann findet dann eine Berichtigung statt, der sogenannte „Crash“. Einen solchen gab es in jüngerer Zeit bei Aktien am sogenannten „Neuen Markt“ im Jahr 2000 und beim Platzen der US-Immobilienblase in 2008. Die Deregulierung des Finanzmarktes hatte dazu geführt, dass die Banken mehr spekulierten, ihre Bilanzen aufbliesen, die Börsenkurse in die Höhe trieben und von findigen Investmentbankern lustige Finanzprodukte entwickelt wurden.

Pervertierung des Finanzmarktes: Die Brandversicherung für das Haus des Nachbarn

Ein besonders schönes Beispiel für ein solches Finanzprodukt soll hier kurz vorgestellt werden: Die Kreditausfallversicherung oder [Credit Default Swap](#) (CDS). An und für sich eine gute Sache, denn mit einem CDS-Papier kann sich beispielsweise der Besitzer einer Staatsanleihe gegen das Risiko versichern, dass der emittierende Staat Bankrott geht (Griechenland lässt grüßen). Je höher das Ausfallrisiko, desto höher die Prämie. Und nun kamen findige Finanzjongleure auf die lustige Idee, dass man diese Kreditausfallversicherungen eigentlich jedermann anbieten könnte, unabhängig davon, ob er die betreffende Staatsanleihe besitzt, oder nicht.

Das ist etwa so, als könnten Sie auf das Haus des Nachbarn eine Brandversicherung abschließen, obwohl es Ihnen gar nicht gehört. Und wenn es dann beim Nachbarn brennt, kassieren Sie das Geld von der Versicherung. Und nicht nur Sie, sondern alle anderen in der Gegend, die ebenfalls eine „Brandversicherung“ (Credit Default Swap) auf das besagte Haus abgeschlossen haben. Und so wurde aus einer Versicherung eine Wette auf den finanziellen Kollaps eines Staates.

Bei der Finanzkrise 2008 hat dieses Konstrukt maßgeblich dazu beigetragen, dass der US-Versicherungsriese AIG um ein Haar in den Abgrund gerissen worden wäre. Auf der anderen Seite haben schlaue Spekulation mit CDS in der Finanzkrise ein Vermögen verdient, während die Banken mit Steuergeldern gerettet werden mussten.

Die Nullzinspolitik – Symptom eines todkranken Patienten

Auf das Platzen einer Blase oder die drohende Gefahr, dass das passiert, reagieren die Notenbanken mit Zinssenkungen und einer Flutung des Marktes mit Geld. Diese Maßnahme erleben wir derzeit in Form der Nullzinspolitik der EZB und ihrem Anleihenkaufprogramm von 2015 bis Ende 2018. In der Zinsfalle gefangen, wird die Europäische Zentralbank nie mehr wieder in der Lage sein, den Leitzins signifikant zu erhöhen, da sonst Staaten wie Griechenland und Italien aufgrund der steigenden

Zinsen für ihre Anleihen bankrott gehen würden. Dennoch ist diese Maßnahme Gift, denn bei einem Zinsniveau nahe der Null-Linie entfällt bei hochverschuldeten Staaten jeglicher Anreiz Reformen durchzuführen. Alle Probleme scheinen durch eine endlose und nahezu kostenfreie Neuverschuldung "lösbar" zu sein.

Noch nie in der Geschichte dieses Finanzsystems lag der Zins bei null Prozent oder gar im Minus. Dieser Zinssatz ist nichts anderes als eines der Symptome des todkranken Patienten namens Euro-Finanzsystem.

Der Wert des Geldes und die Sicherheit der Banken

Jeder sollte sich darüber im Klaren sein, dass Geld selbst keinen inneren Wert hat. Man erhält im Austausch dafür nur einen Gegenstand mit einem inneren Wert oder eine Dienstleistung, solange jeder an das System glaubt und mitspielt. Ist das nicht mehr der Fall, hält man plötzlich nur noch wertloses bedrucktes Papier in der Hand und stellt zusätzlich fest, dass der positive Saldo auf dem Bankkonto nur ein elektronischer Buchungsposten ist, der über Nacht zur Schimäre werden kann.

Weiterhin sollte sich jeder darüber im Klaren sein, dass er die Verfügungsgewalt über sein Geld verliert, wenn er es der Bank gibt. Keine Bank verfügt über genügend Liquidität, um im Ernstfall alle Kundeneinlagen gleichzeitig auszahlen zu können.

Bankeinlagen sind zwar innerhalb der Europäischen Union bis zu 100.000 Euro pro Kunde und Bank gesetzlich geschützt, aber dieses Instrument ist nur für den Zusammenbruch einzelner Geldinstitute tauglich. Gerät das System insgesamt in die Krise, stößt die Einlagensicherung sehr schnell an ihre Grenzen. Bei einem Zusammenbruch des Finanzsystems wäre nicht einmal der Staat in der Lage, die Spareinlagen der Bürger zu schützen, auch wenn Angela Merkel und der damalige

Finanzminister Peer Steinbrück am Höhepunkt der Finanzkrise [diesen Eindruck erweckt haben](#):

„(...) Wir sagen den Sparerinnen und Sparern, dass ihre Einlagen sicher sind. Auch dafür steht die Bundesregierung ein.“

Glücklicherweise sind die Sparer damals auf diese Notlüge hereingefallen und haben die Füße still gehalten. Ziel dieser Aussage war es, einen so genannten „[bank run](#)“ (Bankenansturm) zu verhindern. Bemerkenswert war damals, dass kein einziger Journalist die Frage stellte, wie denn ein hochverschuldeter Staat wie die BRD überhaupt für die Sicherheit der Bankeinlagen hätte bürgen können.

Da eine Bank nur einen Bruchteil ihres Vermögens als Bargeld bereithält und der Hauptteil in längerfristigen Aktiva angelegt ist, kann der Bankansturm selbst leicht in einer Insolvenz der Bank enden.

Sie sehen, auf welch tönernen Füßen das Finanzsystem steht und warum es in unregelmäßigen Abständen immer wieder zum Zusammenbruch mit einem anschließenden wertberichtigten Neuanfang kommt.

Aus diesem Grund gehen in letzter Zeit die Nachdenklichen vermehrt dazu über, das bedruckte Papier und die elektronischen Datenbestände in Materie mit einem inneren Wert umzuwandeln: Sie kaufen sich Immobilien, Edelmetalle, Diamanten, Antiquitäten, Oldtimer und was sonst noch einen bleibenden Wert darstellt oder darstellen könnte.

Ein Ausblick auf den zweiten Teil

Im [zweiten Teil des Artikels](#) werden weitere Risiken für das Euro-Finanzsystem beleuchtet und über den Zeitpunkt spekuliert, wann ein Crash des Euro-Finanzsystems eintreten könnte. Der dritte und letzte Teil informiert über

Möglichkeiten, wie Sie ihr Vermögen so gut wie möglich schützen können.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).



Wolfgang Taufkirch: Die Bilanz nach 20 Jahren Euro ist desaströs

Bei der Pegida-Kundgebung am 14. Januar erinnerte Versammlungsleiter Wolfgang Taufkirch daran, dass der Euro am 1. Januar 2019 20 Jahre alt geworden ist. Die neue Währung wurde den Deutschen damals als großen Segen verkauft, doch die Bilanz nach 20 Jahren fällt, so Taufkirch, desaströs aus. Wir dokumentieren nachfolgend die Rede des seit vielen Jahren in Dresden lebenden Bayern, der auch mit der Mär, dass es den Deutschen so gut ginge wie nie zuvor, detailliert aufräumt.

Hier die Rede von Wolfgang Taufkirch in Textform (Video oben):

Vielen ist vielleicht ein Jubiläum entgangen, wenn auch ein recht zweifelhaftes: Der Euro ist am 1.1. 2019 20 Jahre alt geworden. 1999 wurde er in der Eurozone zunächst als Buchgeld und drei Jahre später als gemeinschaftliches Zahlungsmittel für Europäer eingeführt. Es sollte verbindend, aber nicht verpflichtend sein.

Der Euro war der größte Fehler der europäischen Wirtschaftsgeschichte, denn eine gemeinsame Währung hätte bestenfalls der Schlussstein, aber niemals ein Grundstein einer europäischen Gemeinschaft sein dürfen.

Die Bilanz nach 20 Jahren fällt düster, ja sogar desaströs aus: Die linksgrüne Ideologie der Vergemeinschaftung, der Umverteilung und der Gleichmacherei, die zum einen von den bislang überwiegend sozialistischen Regierungen Westeuropas, aber auch von der Zerstörungsidee der Merkelregierung gestützt wurde, ist krachend gescheitert.

Europa ist ein weltweiter Sozialhilfekandidat, Leistung wird bestraft und die Mitglieder vertrauen auf Schuldendoping in

Form von Geldspritzen durch die EZB, was wiederum den sparsamen ehrlichen Bürger bestraft, weil er für sein erarbeitetes Geld keine Zinsen mehr bekommt.

Bereinigt um die Inflation ist dies eine klare Enteignung. Europa ist faktisch pleite. Die unfassbare Menge von 2,6 Billionen Euro hat die EZB seit 2011 in Anleihekäufe gepumpt für zuletzt lächerliche 1,9 Prozent Inflation. Zum erfassbaren Verständnis dieser Geldmenge: würde man dieses Geld in 500 € Scheinen auslegen, wären Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen komplett bedeckt.

Die gesamtschuldnerische Haftung dafür liegt beim europäischen Steuerzahler, wie heißt es so schön, er haftet mit seinem gesamten Vermögen. Wie oft wurde aus den Mäulern unserer Regierungskasper geplappert, Deutschland wäre doch als Exportland der größte Profiteur dieser Wirtschaftspolitik. Scheinbar kennen diese hemdsärmligen und heuchlerischen Diätenempfänger die Abwicklung der grenzüberschreitenden Zahlung über das TARGET 2-System nicht.

Vereinfacht ist das ein Verrechnungskonto der Landeszentralbanken bei der EZB, das Verbindlichkeiten aus Einkäufen mit Forderung aus den Lieferungen eines Landes im EU-Raum abwickelt. Da Deutschland Exportüberschüsse erzielt, die von den Landesbanken der belieferten Länder aus Liquiditätsgründen nicht direkt mit der Bundesbank getätigt werden, springt die EZB mit dem Verrechnungskonto des TARGET 2-Systems ein.

Die aktuelle Forderung der Bundesbank aus TARGET 2 an die restliche EU beträgt mit Stand 30.11.2018 941,13 Mrd EURO, also auch rund eine Billion, die Zahl mit 12 Nullen. Und das Beste kommt jetzt noch: auch für diese Summe gibt es keine Sicherheiten, auf die wir zurückgreifen können. Unterm Strich finanzieren wir unsere Außenhandelsbilanz selbst.

Und jetzt widerlege ich endgültig noch das Märchen von dem

deutschen Volk, dem es so gut geht, wie nie zuvor:

„Die deutsche Wirtschaft brummt“, so faseln das die Hobbyökonomien seit Jahren. In Wahrheit hat Deutschland in den vergangenen Jahren erheblich an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Im Vergleich von den 21 Industrienationen kommen wir laut einer aktuellen Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung ZWE, das die Standortbedingungen untersucht hat, nur noch auf Rang 16. Vier Plätze schlechter als vor vier Jahren. Platz 1: Schweiz, Platz 2: Großbritannien, der Brexit hat sich dort nicht negativ ausgewirkt, Platz 3: USA.

Und jetzt der Vergleich Deutschlands mit dem gesamten EU-Raum:

- Renteneintrittsalter:
EU-Durchschnitt 62,4 Jahre – D: 65,5 Jahre
- Renteneintrittsniveau:
EU-Durchschn. 70,6% – Deutschland 50,5%
- Nettovermögen/ Bürger:
EU-Durchschn. < als 100 T€ – D knapp 55 T€
- Wohneigentum am Bevölkerungsanteil:
EU-Durchschn. 71% – D 51,7%
- Armutsrisiko
EU-Durchschnitt 22,5% – D 19% ? Wie beruhigend, das angeblich reichste Land liegt knapp drunter!
- Durchschnittliche Steuerlast
EU-Durchschnitt: 35,9% – D 49,7%
- Staatliche Pro Kopf-Verschuldung
EU-Durchschnitt: 24.286 € – D 26.046
- EU-Haushaltsbeiträge
EU-Durchschnitt: 3,36 Mrd € – D 19,59 Mrd € 24,5 Mrd €
sind es dann nach dem BREXIT

Die EU und der EURO ist also eine Errungenschaft, auf die man wirklich stolz sein kann, vorausgesetzt, man ist nicht aus Deutschland. Seit 20 Jahren strampelt der deutsche Arbeiter und kommt nicht vom Fleck. Es geht uns alles andere als so

gut, wie nie zuvor!

Das Experiment EURO ist gescheitert, die Gemeinschaft ist gespalten, wie nie zuvor. Es gibt nicht im Ansatz irgendwelche Bemühungen oder Wege, die auf Täuschung und Schulden aufgebaute Politik wieder in ein harmonisches Fahrwasser zu bringen. Die Verlierer sind ganz klar wieder einmal wir Deutsche.

Verantwortungsvolle Politiker mit Fiskalverstand müssten jetzt die Reißleine ziehen. Wir sagen: Diese EU ist nicht zu reformieren. Wir sollten das Geld abschreiben – es ist sowieso weg – und umgehend den EURO und die EU verlassen. Ohne Forderungen, aber auch ohne Verpflichtungen.

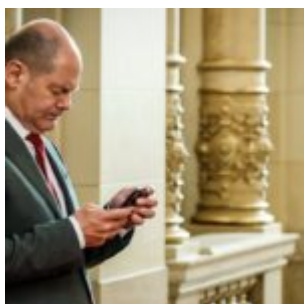
Natürlich auch ohne Vorwürfe und Vorhaltungen an andere Regierungen, einfach ausschließlich, um die Menschen zu schützen, die hier ausgebeutet werden, also ZUM WOHL DES DEUTSCHEN VOLKES.



Der alternative Talk aus Straßburg: Wann platzt der Euro?

In Folge 3 der alternativen Talksendung aus Straßburg diskutieren Prof. Dr. Max Otte und Richard Sulik mit Gastgeber

Prof. Dr. Jörg Meuthen über die aktuelle Lage der europäischen Union, ihre künstlich am Leben gehaltene Währung, den Betrug am Bürger durch die Targetsalden und die gefährlichen Folgen des alltäglichen EU-Wahnsinns. Wer den üblichen politisch korrekten Schmalspurtalk erwartet, wird hier enttäuscht werden. Denn anders als in der ersten Reihe oder beim zweiten, kranken Auge treffen in diesem alternativen Format geballter Sachverstand und Kompetenz aufeinander und bereiten dem Zuschauer einen intellektuellen Ohrenschmaus.



Bundesregierung hat keinen Notfallplan für „Euro-Aus“

Die Bundesregierung hat trotz Brexit und der umstrittenen Finanzpolitik der gegenwärtigen italienischen Regierung keinen Notplan für den Fall, dass der Euro zusammenbrechen sollte.

[Das geht aus der Antwort](#) auf eine schriftliche Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Dr. Götz Frömming, stellvertretender Sprecher der Landesgruppe Nord, hervor.

Frömming erklärte dazu:

„Dass die Bundesregierung offenbar keinen Notfallplan für einen nicht auszuschließenden Zusammenbruch der EURO-Zone hat, spricht Bände. Angesichts der finanziellen Lage unserer südlichen Nachbarn wie Griechenland, Italien und Frankreich,

sowie von inzwischen fast einer Billion aufgelaufener Target-2-Salden, die nichts anderes als ungedeckte Forderungen von Deutschland an die verschuldeten Südstaaten sind, ist das mehr als fahrlässig. Wir sind Hasardeuren ausgeliefert!“

Das Programm der neuen italienischen Regierung sieht Maßnahmen wie teure Steuersenkungen, ein Grundeinkommen sowie die Rücknahme einer Rentenreform vor.

[Experten befürchten](#), dass das ohnehin verschuldete Land noch weitere Schulden anhäuft und so eine neue Finanzkrise auslöst.



Ratingen: AfD in NRW nimmt Fahrt auf



Am Samstag fand in Ratingen der dritte NRW-Landesparteitag der Alternative für Deutschland (AfD) statt. Auf der Tagesordnung standen neben

inhaltlichen Debatten und der Vorstellung von Wahlkampfideen die Wahl von Beisitzern und einem Stellvertreter.

(Von Nicolai)

Die AfD in NRW nimmt Fahrt auf. Nach der rekordverdächtigen Gründung von über 40 Kreisverbänden innerhalb von wenigen Wochen gilt es jetzt im vielleicht wichtigsten Bundesland der Republik, Nordrhein-Westfalen, an der Fünfprozenthürde zu kratzen. Hier werden Wahlen gewonnen – oder auch verloren. Von einer Ein-Themenpartei, wie die AfD in den letzten Wochen von ihren Gegnern immer wieder eingeordnet wurde, war wenig zu spüren. So wurden die Fortschritte in den 12 Arbeitsgruppen – u.a. Innere Sicherheit, Außenpolitik, Gesundheitspolitik, Staatsfinanzen Euro – vorgestellt.

NRW-AfD-Chef Dilger erläuterte in einer kämpferischen Rede die Kernthemen der Partei, zu denen er auch Integration zählte. Er warnte dabei allerdings vor den Medien, die die junge Partei doch allzu gern in die rechte Ecke stellten. Als Quasi-Reaktion auf die Lügenmärchen der Mainstreammedien stellte man mit „AfD-TV“ einen eigenen Nachrichtensender vor. Ein kleines Puzzleteil auf dem Weg in den Bundestag, produziert von den zwei vielleicht wichtigsten Machern des Wahlkampfs, Martin Renner und Andreas Keith.

Im Verlauf des Parteitags kam es allerdings auch zu Kontroversen. Zunächst bei der Rücknahme einer Kandidatin von der Landesliste für den Bundestag. Aussichtsreich platziert war die Frau eines Mannes, der sich selbst als „provisorischer Reichskanzler“ betrachtete. Frau Noack, wie sie heißt, wies die Anschuldigungen gegen ihren Mann zurück und kritisierte die Parteiführung für den Vorgang. Der Vorstand konterte und ließ verlauten, Frau Noack habe sich bis heute nicht zu den Einstellungen ihres Mannes distanziert. Großer Applaus im Saal für eine Person, die solche Tendenzen hegt, könne der AfD nur schaden.

Das vielleicht noch wichtigere Thema für PI-Leser war die Beschneidung. Der Vorstand in Person von Martin Renner stellte hierzu einen Antrag, der ein Verbot dieser Praxis bei Kleinkindern nahelegt. Nach einer hitzigen Debatte wurde das Thema allerdings schließlich vertagt. Der Vorstoß zeigt aber: auch Islamkritiker haben einen Platz in der Afd.

Zum neuen NRW-Vize der AfD wurde indes Michael Balke aus Dortmund gewählt.



Kohl: „Habe den Euro eingeführt wie ein Diktator“



„Hätte es eine

Volksabstimmung über den Euro gegeben, hätten zwei Drittel der Deutschen gegen den Euro gestimmt. Demokratie kann nur erfolgreich sein, wenn sich einer hinstellt und sagt: So ist

das“, das sagte Altbundeskanzler Helmut Kohl schon im Jahr 2002, in einem [erst jetzt öffentlich gewordenen Interview](#), das der Journalist Jens Peter Paul für seine Dissertation mit ihm geführt hatte. „In einem Fall war ich wie ein Diktator, siehe Euro“, so Kohl weiter.

(Von L.S. Gabriel)

Kohl habe gewusst, dass er ohne Ostdeutschland keine Mehrheit für die Euroeinführung erhalten hätte, und dort wäre er schon deswegen abgelehnt worden, weil die Deutschen im Osten erst vor kurzem die D-Mark erhalten hatten, für die sie immerhin eine Revolution gestartet hätten, berichten die [Deutschen Wirtschaftsnachrichten](#).

Auf die fehlende demokratische Legitimation angesprochen sagte Kohl:

„Das politische Leben läuft so: Demokratie hin, Demokratie her, Wahlen hin und her, repräsentative Demokratie kann nur erfolgreich sein, wenn irgendeiner sich hinstellt und sagt: So ist das. Ich verbinde – wie ich – meine Existenz mit diesem politischen Projekt. Dann hast du automatisch in der eigenen Partei eine ganze Reihe von Leuten, die sagen: Wenn der fällt, falle ich auch. Das ist dann nicht das Thema Euro – das ist die Lebensphilosophie.“

Die historische Dimension hätte ihn dazu veranlasst, ohne Rücksicht auf die Stimmung in der Bevölkerung vorzugehen. Das sei seine Aufgabe als Kanzler gewesen.

„Wenn einer Bundeskanzler ist, will etwas durchsetzen, muss er doch ein Machtmensch sein! Und wenn er gescheit ist, dann weiß er: Jetzt ist eine Zeit reif, um etwas durchzusetzen. Und wenn er gescheit ist, dann weiß er: Es gibt Sachen, da muss ich warten. Es ist mein volles Leben: In einem Fall war ich wie ein Diktator, siehe Euro, in einem Fall war ich ein Zauderer, habe alle Probleme ausgesessen. Ist immer noch der

gleiche Helmut Kohl, von dem wir reden. Mit Machtmensch hat das nichts zu tun. Der Euro ist ja nur ein Synonym für Europa. Verstehen Sie: Für mich ist die Idee der Einigung Europas nicht irgendeine Sache wie dem Riester seine Rentenversicherung. Das ist eine wichtige Sache, aber von der Qualifikation ist das ein Nichts gegenüber dem Euro! Die Rentenversicherung wird jetzt geändert, wird wieder geändert, wird noch einmal geändert. Aber Europa hat zum ersten Mal keinen Krieg mehr. Das muss man doch einmal sehen! Das ist doch ein historischer Bezug.“

Auch sei er von der Verfassung her nicht verpflichtet gewesen, eine Volksabstimmung durchzuführen. Aber es habe ihm Unbehagen bereitet. Ja, vielen Deutschen hat es das auch, Herr Kohl, aber in einer Diktatur schert das halt keinen!